

Versichertennähe kommen. Sonst ändert sich nichts am Denken und Handeln derer, für die das ganze Beitrags- und Leistungsrecht entwickelt wurde – der Versicherten.

Der säkulare Kompromiß der sozialen Marktwirtschaft hat den Marxismus-Leninismus deshalb ausgehebelt, weil er besser zu den Menschen paßt. Weder mit den sozialen Defiziten des reinen Kapitalismus noch mit den ökonomischen Defiziten des reinen Sozialismus kommt eine menschenwürdige Gesellschaft zustande. Die Bundesrepublik Deutschland sollte hüten, was bei ihr gewachsen ist – primär aus sozialer Verantwortung, später aus gemeinsamer Not, aus der Solidarität der Nachkriegszeit, aus dem Streben

nach Freiheit und nicht zuletzt aus dem Vertrauen eines Ludwig Erhard in die Kraft des einzelnen Bürgers.

Zur Zeit spielen die Politiker mit der ökonomischen Macht herum, die ihnen mit den Früchten der Arbeit ihrer Bürger und den Initiativen ihrer Unternehmen zugefallen ist. Zu diesen Früchten gehört auch eine leistungsfähige und soziale Gesundheitswirtschaft. Sie sollten die Finger davon lassen und insbesondere damit aufhören, gerade dort Rückzugsgefechte des Sozialismus auszutragen und dabei zu dulden, daß die Gesundheitswirtschaft als ständiger Tummelplatz des sozialen Neides mißbraucht wird.

Prof. Dr. med. Ernst Eberhard  
Weinhold

## Gesundheitssystem der neuen Länder

# ***Angleichung zwischen Ost und West fast vollständig erreicht***

Sich aus einer aktuellen Auseinandersetzung herauszuziehen und für ein paar Stunden einem angenehmeren Thema zuzuwenden – wer wünschte sich das nicht? Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) erfüllte sich den Wunsch: Während in und um Bonn heftig über sein geplantes Gesundheits-Strukturgesetz debattiert wurde, widmete er sich Ende Juli in Ost-Berlin dem Gesundheitssystem der neuen Länder. Seine positive Bilanz: Dem Ziel der Angleichung der Versorgungsniveaus in Ost und West sei man inzwischen wesentlich näher gekommen. Folglich bekamen auch sonst Gescholtene ein Lob: Den Selbstverwaltungen der Krankenkassen und der Ärzte, Zahnärzte sowie anderen Anbietern gebühre Dank für ihr Engagement.

Seehofer wies in Berlin darauf hin, daß das System der gegliederten Krankenversicherung erfolgreich eingeführt sei: Alle acht Kassenarten seien in Ostdeutschland vertreten; über 90 Prozent der Bevölkerung Mitglied der GKV. Ihr Geschäftsjahr 1991 hätten die Kassen in den neuen Ländern mit einem Überschuß von 2,6 Milliarden DM abgeschlossen, erinnerte Seehofer. 1992 werde vermutlich eine „ausgeglichene Bilanz“ zu verzeichnen sein.

Beim Thema Finanzen kam Seehofer dann doch auf seine gesamtdeutschen Reformpläne zu spre-

chen. Derzeit kämen beispielsweise in den neuen Bundesländern auf 100 Beitragszahler der GKV erst 24 Familienangehörige, während es in den alten 48 seien. Mittelfristig würden sich die Lebensverhältnisse in Ost und West aber angleichen und damit die Probleme innerhalb der GKV. Angesichts der zu erwartenden finanziellen Entwicklung müßten auch die neuen Bundesländer in Maßnahmen zur Sicherung und Strukturverbesserung der Krankenversicherung einbezogen werden.

Seehofer bemühte sich, jene Aspekte seines geplanten Gesund-

heits-Strukturgesetzes hervorzuheben, die nach seiner Auffassung von positivem Nutzen für die gesundheitliche Versorgung in den neuen Ländern sind. So wies er darauf hin, daß die Krankenhäuser ab 1993 die Möglichkeit erhalten sollen, neben Finanzierungsmitteln der Länder verstärkt auch privates Kapital einzusetzen und über den Pflegesatz zu finanzieren. Ab 1994 könnten bestimmte Instandhaltungsaufwendungen über die Pflegesätze abgerechnet werden, ab 1996 sollten zudem alle den Pflegesatz entlastenden Rationalisierungsinvestitionen durch die Krankenkassen finanziert werden.

Vehement verteidigte Seehofer zudem die Anbindung der Honorarentwicklung an die der Grundlohnsumme: Da sich die Löhne und Gehälter in den neuen Ländern sehr viel stärker erhöhen würden als in den alten, würden auch die Einkommen von Ärzten und Zahnärzten in entsprechend größerem Umfang steigen. Das sei bei der Kritik an den geplanten Einsparungen zu bedenken. „Es wird zu keiner Gefährdung von Arztpraxen kommen“, betonte Seehofer. Deshalb sollten sich die ostdeutschen Ärzte auch nicht „vor den Karren der alten Länder spannen lassen“, spricht: sich den Protesten der westdeutschen Ärzteschaft uneingeschränkt anschließen. Bei den Leistungserbringern im Osten sei „Verständnis“ für die Reformpläne vorhanden, glaubt Seehofer. Trotz allem sei das bundesdeutsche ein „absolut freiheitliches Gesundheitswesen“; Sozialismusvorwürfe im Zusammenhang mit den geplanten Reformen seien unzutreffend.

Mit einem Seitenhieb auf die am Tag der Pressekonferenz streikenden nordrhein-westfälischen Zahnärzte meinte der Gesundheitsminister, diese Berufsgruppe sei „absolut maßlos“. Bei ihren Aktionen handle es sich um „reine Egoisten zugunsten der Zahnärzteschaft“. Die Ärzte hingegen würden zwar auch Widerstand leisten, aber immerhin mit Argumenten. Was sie fruchten, wird nach dem 12. August zu hören und zu lesen sein: An diesem Tag will das Bundeskabinett über die Reformpläne des Gesundheitsministers entscheiden. th